

Wirtschaftskammer Österreich
Bundesarbeitskammer
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Landwirtschaftskammer Österreich



DAS EUROPÄISCHE SOZIALMODELL

Die Chancen nützen

Positionspapier der österreichischen Sozialpartner

**Bad Ischl
im Oktober 2008**

Das Europäische Sozialmodell

Die österreichischen Sozialpartner bekennen sich zum Europäischen Gesellschafts- und Sozialmodell (kurz: Europäisches Sozialmodell). Der „österreichische Weg“ mit seiner starken sozialpartnerschaftlichen Orientierung und dem Bekenntnis zur gemeinsamen Verfolgung wirtschaftlicher und sozialer Ziele bietet ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Umsetzung dieses Modells.

Aktuell gibt es europaweit ein hohes Maß an Unzufriedenheit mit der Politik, das gegen die nationalen Regierungen, mehr noch aber gegen die Europäische Union gerichtet ist. Dies obwohl in der EU und in Österreich in den letzten Jahren die Beschäftigung angestiegen ist. Gleichzeitig gibt es enorme Herausforderungen: Globalisierung, demographischer Wandel, Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten, wachsende Einkommensunterschiede, in jüngster Zeit hohe Teuerungsraten etc.

Die Sozialpartner rufen dazu auf, das Unbehagen der Menschen ernst zu nehmen, sich den Herausforderungen zu stellen und die Chancen des Europäischen Sozialmodells - mehr als bisher - zu nutzen. Sie sind überzeugt, dass dieses Modell die beste Basis bietet für eine erfolgreiche Bewältigung der Herausforderungen. Eine offensive Wachstums-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, wie sie z.B. im Lissabon-Prozess angestrebt wird, muss dabei im Mittelpunkt stehen.

Als Kernelemente, die das Europäische Sozialmodell von anderen Weltregionen abgrenzen, sehen wir vor allem folgende Punkte:

- Gesamtgesellschaftliche Verantwortung: Es gibt eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das Wohlergehen der Individuen (faire Einkommensverteilung; ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten in wettbewerbsfähigen Betrieben; soziale Absicherung gegen Risiken wie Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Alter; Unterstützung von Familien; Bildungschancen für alle; Absicherung gegen Armut; hochwertige und erschwingliche Leistungen der Daseinsvorsorge).
- Verbindung von wirtschaftlicher Dynamik und sozialem Fortschritt: Wirtschaftliche Dynamik und sozialer Fortschritt werden nicht als Gegensätze, sondern als einander unterstützend gesehen. Eine soziale Marktwirtschaft verbindet Wettbewerbsfähigkeit mit sozialer Gerechtigkeit.
- Sozialer Dialog: Interessensgegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden in institutionalisierter Form ausgetragen (Kollektivverträge, betriebliche Mitbestimmung); die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer werden von den Regierungen in die politische Willensbildung einbezogen.

Ebenso werden wirtschaftlicher Erfolg sowie Umwelt- und Klimaschutz als gemeinsam zu erreichende Ziele gesehen, denn nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg setzt eine intakte Umwelt voraus.

Um eine leichtere Lesbarkeit des Textes zu gewährleisten, wurde im vorliegenden Positionspapier auf die explizite geschlechtsneutrale Schreibweise verzichtet. Hierfür wurde als Vereinfachung, stellvertretend für beide Geschlechtsformen, jeweils die kürzere männliche Schreibweise angewandt.

Herausforderungen und Maßnahmen

1. Wachstum und Beschäftigung gezielt fördern

Herausforderung

Die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union hängt von der erfolgreichen Umsetzung einer Politik für Wachstum und Beschäftigung ab. In der ausgeprägten Wachstumsschwäche in den Jahren 2001 bis 2004 zeigte sich, dass Europa besser auf konjunkturelle Herausforderungen reagieren muss. Um seine internationale Wettbewerbsposition zu verbessern und die europaweit nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit nachhaltig zu verringern, muss Europa mit seinen globalen Konkurrenten in einen Qualitätswettbewerb statt in einen Wettlauf um die niedrigsten Löhne eintreten.

Maßnahmen

- Aufwertung des Wachstumsziels im Vergleich zum Stabilitätsziel
- Bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der EU
- Anerkennung von Investitionen als standortverbessernder, wachstumsfördernder und konjunkturstabilisierender Faktor
- Maßnahmen gegen unfairen Steuerwettbewerb
- Berücksichtigung des Doppelcharakters der Löhne als Kosten- und Nachfragefaktor bei der Lohnentwicklung

2. Die Globalisierung steuern

Herausforderung

Die Globalisierung vor allem der Güter- und der Finanzmärkte ist eine der zentralen Rahmenbedingungen für politisches Handeln. Die Kooperationsprozesse in den einzelnen Politikbereichen müssen in Anbetracht der immer intensiveren Beziehungen der Weltregionen und ihrer Staaten zueinander verbessert werden.

Effiziente und stabile Finanzmärkte sind eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung und die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft. Für langfristige Investitionen, für die Veranlagung von Geldvermögen, aber auch zur Absicherung von Risiken kommt ihnen eine hohe Bedeutung zu. Instabilitäten und Krisen auf den Finanzmärkten können zusätzlichen Risiken verursachen und negativ auf die konjunkturelle Entwicklung wirken.

Sehr viele Menschen im Arbeitsprozess sind direkt von der Globalisierung betroffen. Für die Sozialpartner besteht eine der dringlichsten Aufgaben der nächsten 10 Jahre darin, die Risiken für diese Menschen so gering wie möglich zu halten und die Chancen zu optimieren.

Maßnahmen

- Sicherung und Weiterentwicklung nachhaltig funktionierender sozialer Sicherungssysteme
- kein Wettbewerb zulasten von Umweltschutz und Arbeitnehmerrechten
- bessere Kommunikations- und Kooperationsmechanismen, z.B. Einrichtung eines von der EU vorgeschlagenen Forums „Handel und nachhaltige Entwicklung“
- kohärentes und aktives Engagement von EU und Mitgliedstaaten für die Aufnahme der ILO-Mindestarbeitsnormen in bilaterale und multilaterale Handelsabkommen; Ziel ist deren verbindliche Umsetzung und Einhaltung in den Partnerländern der EU.
- Unterstützung der Bemühungen internationaler Institutionen zur besseren Koordination der Zentralbanken und Finanzmarktaufsichten und zur Weiterentwicklung eines zielgerichteten regulativen Rahmens (bei gleichzeitiger Vermeidung von Überregulierung) um Stabilität und Effizienz der Finanzmärkte zu verbessern

3. Demographischer Wandel – Alterung der Gesellschaft

Herausforderung

Die Alterung der Bevölkerung stellt enorme Anforderungen an die Gesellschaft als Ganzes, vor allem aber an Arbeitsmarkt, Pensionen, Gesundheit, Pflege etc. Die aktuell größte Herausforderung ist der bevorstehende Übertritt der geburtenstarken Jahrgänge ab Ende der 1950er bis Anfang der 1970er Jahre vom Haupt- ins höhere Erwerbsalter. Viele Politikbereiche müssen zur Bewältigung des demographischen Wandels beitragen, eine zentrale Rolle spielt der Arbeitsmarkt.

Maßnahmen (siehe auch folgende Kapitel)

- Vollbeschäftigungspolitik (Nutzung des vorhandenen Erwerbsarbeitspotenzials)
- aktive Arbeitsmarktpolitik (alternsgerechte Arbeitsplätze, Umschulungs- und Wiedereinstieghilfen, etc)
- Familienpolitik (insbesondere bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie)
- Gesundheitspolitik (z.B. Stärkung der Prävention zur Eindämmung des Kostenanstiegs und zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit von Erwerbstätigen)
- Bildungspolitik (faire Lebenschancen für alle, Sicherstellung der erforderlichen Qualifikationen für den Arbeitsmarkt der Zukunft)
- Integrations- und Migrationspolitik (siehe Punkt 6)
- Umsetzung des Aktionsplans für Ältere Arbeitnehmer, den die Sozialpartner im April 2008 vorgelegt haben

4. Nachhaltige Sicherung der Sozialsysteme

Herausforderung

Nachhaltige wirtschaftliche Dynamik setzt sozialen Zusammenhalt und die individuelle Bereitschaft und Fähigkeit zu Veränderung sowie Risikobereitschaft (im Sinne des Flexicurity-Ansatzes der EU) voraus – Faktoren, die durch leistungsstarke Sozialsysteme begünstigt werden. Ziel ist es daher, wirtschaftliches Wachstum und Erfolg im internationalen Wettbewerb bei möglichst breiter Beteiligung am Wohlstandsgewinn zu erreichen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der Globalisierung müssen die Sozialsysteme langfristig finanzierbar bleiben.

Maßnahmen

- Prüfung alternativer Finanzierungsformen: Aktuell wird das österreichische Sozialsystem überwiegend durch lohnabhängige Beiträge finanziert, was den Faktor Arbeit relativ teuer macht und die Mittelaufbringung erschwert (sinkt die Lohnquote, bleiben die Einnahmen hinter der BIP-Entwicklung zurück).
- Langfristige Sicherung der Pensionen: Es sind Maßnahmen gegen die Invalidisierung zu setzen, um ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verhindern und die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen zu steigern (siehe Sozialpartner-Vorschlag „Nationaler Aktionsplan für Ältere Arbeitnehmer“). Dadurch kann eine deutliche Anhebung des durchschnittlichen faktischen Pensionsantrittsalters (derzeit 59 Jahre bei Männern / 57 bei Frauen) erreicht werden.
- Nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung des anerkannt guten Gesundheitssystems sowie Beseitigung struktureller Schwachstellen und Lösung der aktuellen Finanzierungsprobleme. Die Sozialpartner haben im April 2008 Vorschläge zur „Zukunftssicherung für die soziale Krankenversicherung“ vorgelegt.

- Etablierung eines soliden Systems der Langzeitpflege: Dämpfung des Kostenanstiegs durch präventive Maßnahmen und Reform der Versorgungssysteme, Schaffung einer tragfähigen finanziellen Basis.

5. Mehr und bessere Arbeitsplätze sowie Sicherheit im Wandel schaffen

Herausforderung

Die Ziele der Lissabonstrategie zur Schaffung von mehr und besserer Beschäftigung sind eine der zentralen Aufgaben der Gegenwart. Hauptziel einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik ist Vollbeschäftigung. Nach wie vor ist trotz Beschäftigungszunahme in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit europaweit viel zu hoch und in vielen Ländern bleiben Beschäftigungspotenziale ungenutzt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ändern sich rasch. Das verlangt an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit vor allem auf den Arbeitsmärkten. Daher ist sicherzustellen, dass Arbeitnehmer für die neuen Herausforderungen in der Arbeitswelt gerüstet sind und ausreichend Sicherheit im Wandel vorfinden.

Dabei braucht es im Sinne der Flexicurity-Strategie sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene Lösungen, die den Erfordernissen Flexibilität, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit für die Arbeitnehmer in ausgewogener Form Rechnung tragen. Die Erfahrung zeigt, dass starke Sozialpartnerverbände und das Klima des sozialen Dialogs wesentlich zu einer wirksamen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik beitragen.

Maßnahmen:

- Ausschöpfung der Potenziale (Frauen, ältere Arbeitnehmer, Arbeitslose) am Arbeitsmarkt
- Verstärkte Zukunftsinvestitionen in Aus- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, um veränderten Arbeitsanforderungen gewachsen zu sein und um den Fachkräftebedarf zu decken
- Gezielte Maßnahmen für vom Strukturwandel betroffene Arbeitnehmer (Weiterbildung, Umschulung, Eingliederungsbeihilfe, Kombilohn)
- Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung im höheren Erwerbsalter
- Abbau von Benachteiligungen am Arbeitsmarkt und beim Bildungszugang sowie bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (inkl. Europäische Vorgaben)
- Verstärkung der präventiven und aktiven Arbeitsmarktpolitik auf EU- und nationaler Ebene, um einer Spaltung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken
- Soziale Absicherung von Übergängen in der Erwerbsbiografie (z.B. Familie-Beruf) ergänzt durch Anreize zur Arbeitsaufnahme (z.B. Kombilohn)

6. Integration und Migration

Herausforderung

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere durch Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen und Partizipation am politischen und kulturellen Leben ist eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung, die verstärkter Anstrengungen bedarf. In der EU und in Österreich gibt es einen steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften.

Die Zuwanderungssysteme in den EU-Mitgliedstaaten sind nur bedingt miteinander vergleichbar. Die Blue Card-Richtlinie beabsichtigt den Zugang hochqualifizierter Arbeitnehmer in der EU zu vereinheitlichen. Das österreichische Zuwanderungssystem für Schlüsselkräfte fokussiert zwar auf qualifizierte Arbeitskräfte, ist allerdings wenig transparent und daher verbesserungsbedürftig.

Maßnahmen

- Deckung des Arbeitskräftebedarfs vorrangig durch verstärkte Anstrengungen zur Ausschöpfung des inländischen Beschäftigungspotenzials, teilweise durch qualifizierte Zuwanderung
- Erwerb der deutschen Sprache in einem möglichst frühen Alter, bei gleichzeitiger Förderung der Muttersprache
- Anpassung von AMS-Maßnahmen an die spezifischen Bedürfnisse von Personen mit Migrationshintergrund
- Herstellung gleicher Chancen auf institutioneller und betrieblicher Ebene
- Verstärkter Dialog zwischen der Aufnahmegesellschaft und Personen mit Migrationshintergrund (z.B. Mentoring für Migranten)
- Verstärkter Transfer von Best-Practice-Beispielen im Bereich Integration zwischen den EU-Mitgliedsstaaten
- Schaffung einer Plattform, die verschiedene Zuwanderungsmodelle (z.B. EU-Länder, Kanada) auf ihre Anwendbarkeit in Österreich analysiert

7. Chancengleichheit der Geschlechter und Vereinbarkeit Beruf - Familie

Herausforderungen

Die Herstellung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen am Arbeitsmarkt und eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wesentliche Voraussetzungen für ein soziales Europa. Österreich ist in Bezug auf die Schere zwischen Frauen- und Männereinkommen und in Bezug auf den Anteil von Frauen in Führungspositionen innerhalb der EU nahezu Schlusslicht.

Eines der Ziele der Lissabon-Strategie ist der Abbau der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede. Die Sozialpartner arbeiten weiterhin aktiv an der innerösterreichischen Umsetzung des auf europäischer Ebene im März 2005 beschlossenen Aktionsrahmens zur Gleichstellung von Frauen und Männern (u.a. Rollenverständnis von Frauen und Männern, Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern).

Maßnahmen

- Gezielte Unterstützung beim Wiedereinstieg und Höherqualifizierungsmaßnahmen
- Gezielter Einsatz von Mitteln des EU-Strukturfonds zur Förderung der Unternehmensgründung durch Frauen, von Telearbeitsplätzen etc.
- Ausbau der Kinderbetreuungsplätze insbesondere für unter 3-Jährige auf hohem qualitativem Niveau und mit erwerbsfreundlichen Öffnungszeiten
- Prüfung der Weiterentwicklung des KBG zur Unterstützung des frühzeitigen Wiedereinstiegs und der partnerschaftlichen Aufteilung (inklusive Finanzierungsmöglichkeiten)
- Förderung der partnerschaftlichen Aufteilung von Betreuungspflichten
- Bessere Ressourcenausstattung der Gleichbehandlungskommission
- Entsprechende Partizipation von Frauen an der Entscheidungsfindung in den Gremien der Sozialpartnerorganisationen
- Stärkere Beteiligung von Frauen an Kollektivvertragsverhandlungen

8. Lebensbegleitendes Lernen (LLL) in einem modernen Bildungssystem

Herausforderung

Österreich und die EU können ihre wirtschaftliche Stärke und damit auch Wohlstand und sozialen Zusammenhalt nur durch massive Anstrengungen im Bereich Qualifizierung und Bildung halten und ausbauen. Damit kann auch dem Fachkräftemangel begegnet werden.

Maßnahmen

- Umfassende Strategie für lebensbegleitendes Lernen (LLL)
- Verpflichtendes, gebührenfreies Vorschuljahr
- Individualisierung und Differenzierung des Unterrichts, um gezielt Stärken zu fördern und Schwächen zu bearbeiten (Flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen, Neuartiges Schulwesen auf Sekundarstufe 1)
- Verbesserte professionelle Bildungs- und Berufsinformation noch während der Schulpflicht
- Reform der Schulverwaltung
- Altersunabhängige kostenfreie Bildungswege jedenfalls bis zur Matura
- Aufwertung der Lehre durch leichteren Zugang zur Matura
- Masterplan für den gesamten Hochschulbereich

9. Armutsbekämpfung, sozialer Zusammenhalt

Herausforderung

Ein Kernelement des europäischen Sozialmodells ist gesellschaftliche Solidarität: Die Bekämpfung von Armut und die Sicherung des sozialen Zusammenhalts sind zentrale politische Aufgaben.

Österreich hat ein relativ hohes Prokopfeinkommen und eine relativ gleichmäßige Einkommensverteilung. Allerdings sind auch hierzulande die Einkommensunterschiede gewachsen. 12% der Österreicher gelten als armutsgefährdet, weil sie weniger als 60% des Medianeinkommens verdienen. Die meistgefährdeten Gruppen sind Langzeitarbeitslose, Ausländer, Alleinerziehende, aber auch Familien mit mehr als zwei Kindern. Die österreichische Sozialpolitik ist wirksam, ohne Sozialtransfers würde die Armutsgefährdungsquote viel höher liegen.

Maßnahmen:

- Mindestlohn von 1.000 Euro (wird bis 1. 1. 2009 umgesetzt)
- Mehrarbeitszuschlag für Teilzeitbeschäftigte (gilt seit 1. 1. 2008)
- Verbesserung der öffentlichen Kinderbetreuung, um Eltern (betroffen sind vor allem Frauen) Erwerbsarbeit zu ermöglichen
- Förderung von Mädchen in (besser entlohnten) Männerberufen
- Intensivierung der Vermittlungsbemühungen (z.B. persönliches Coaching, berufliche Neuorientierung bei gesundheitlichen Einschränkungen, Kombilohn und Ausbau der Eingliederungsbeihilfe für Langzeitarbeitslose)
- Reform des Schulsystems (Bildungsmobilität, Einschränken von sozialer Selektivität etc), Etablierung einer Kultur des lebenslangen Lernens
- Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, wobei darauf zu achten ist, dass die Integration in den Arbeitsmarkt verbessert wird und Anreize zur Arbeitsaufnahme bestehen

10. Sozialstandards und fairen Wettbewerb schützen

Herausforderung

Der Binnenmarkt muss auch ein Instrument zur Verbesserung der Lebensqualität in Europa sein. Daher brauchen wir europäische Mindeststandards in vielen Bereichen, die periodisch überprüft und weiterentwickelt werden müssen. Der Sozialstaat darf nicht durch unfairen Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten insbesondere bei der grenzüberschreitenden Beschäftigung und bei Entsendung von ArbeitnehmerInnen im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit gefährdet werden.

Im Zusammenhang mit der Entsenderichtlinie muss sichergestellt werden, dass die Auslegung wirtschaftlicher Freiheiten nicht dazu führt, nationale Arbeits- und Sozialrechte zu umgehen.

Maßnahmen (siehe auch Maßnahmenpaket der österreichischen Sozialpartner „Arbeitsmarkt – Zukunft 2010“)

- Gesetzlich verankerte, behördliche Kontrolle der tatsächlichen Auszahlung von zustehenden Mindestlöhnen an entsandte Arbeitnehmer sowie der anderen Arbeitsbedingungen gemäß der Entsenderichtlinie
- Möglichkeit von Sicherungsmaßnahmen bei Verstoß gegen die Entsenderichtlinie
- Gewährleistung der grenzüberschreitenden Zustellung behördlicher Schriftstücke und der Vollstreckung verhängter Verwaltungsstrafen im EU-Ausland

11. Sozialen Dialog stärken

Herausforderungen

Der soziale Dialog ist ein Kernelement des europäischen Sozialmodells und gleichzeitig eine der zentralen Stärken Europas im Vergleich zu anderen Weltregionen. Starke Sozialpartner, funktionierende Kollektivvertragssysteme und ein gut funktionierender sozialer Dialog auch auf betrieblicher Ebene bieten die beste Basis für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und für eine sozial ausgewogene Entwicklung. Dieses Potenzial sollte stärker als bisher genutzt werden. Mit einer Stärkung des sozialpartnerschaftlichen Ansatzes auch auf EU-Ebene kann Vertrauen in die EU zurück gewonnen werden.

Maßnahmen

- Festlegung sozialer Mindeststandards in der EU - wo dies möglich und sinnvoll ist
- mehr Unterstützung für den Aufbau sozialpartnerschaftlicher Strukturen in den neuen Mitgliedstaaten
- bessere Überprüfung der nationalen Umsetzungsmaßnahmen bei „autonomen“ Rahmenabkommen
- Verbesserte und frühzeitige Konsultation der Sozialpartner in allen Phasen der Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung und der „Offenen Koordinierung“
- Stärkung des makroökonomischen Dialogs durch eine bessere Vernetzung mit der „Eurogruppe“
- Einbindung aller repräsentativen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in den dreigliedrigen Sozialgipfel
- Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und Schaffung einer gemeinsamen Wissensbasis etwa durch Seminare, Workshops etc.
- Fortführung der Ausarbeitung autonomer Arbeitsprogramme über 2008 hinaus
- bessere Koordinierung zwischen branchenübergreifendem und sektorialem sozialem Dialog

Anhang: Jüngste Sozialpartnervereinbarungen

1. Aktionsplan für ältere ArbeitnehmerInnen (2008)
2. Bausteine einer Langfristig orientierten Klimapolitik (2008)
3. Zukunftssicherung für die soziale Krankenversicherung (2008)
4. Eine moderne Rechtsgrundlage für die europäische Statistik (2008)
5. Chance Bildung - Konzept zum lebensbegleitenden Lernen als Beitrag zur Lissabonstrategie (2007)
6. Arbeitsmarkt - Zukunft 2010 (2007)
7. Abkommen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und Sozialbetrug (2007)
8. Abkommen über Mindestlöhne (2007)
9. Volle Einbindung der freien Dienstnehmer in die Sozialversicherung / Arbeitslosenversicherung für Selbstständige (2007)
10. Abkommen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (2007)
11. Abkommen zum Arbeitszeitrecht (Flexicurity) (2007)
12. Deklaration - 50 Jahre Römische Verträge (2007)
13. Vorschläge für Wachstum und Vollbeschäftigung (2006)
14. Austria 2016 - Deklaration der Sozialpartner (2006)
15. Konferenzband: Herausforderungen für eine partizipative Demokratie in einem erweiterten Europa (2006)
16. Gutachten: Die makroökonomische Politik und die Lissabon-Strategie (2005)
17. Abkommen zur Neugestaltung des Abfertigungsrechts (2002)